LZ-Rheinland

Artikel vom 30.09.2026 · Ausgedruckt am 10.11.2026, 15:33 Uhr

Online: https://lz-rheinland-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/amk-setzt-auf-regionalisierung

AMK setzt auf Regionalisierung



Düngerecht Kernthema der Konferenz in Würzburg

Die Länder setzen bei der Neuausrichtung des Düngerechts auf das gemeinsam entwickelte Regionalisierungsmodell. Danach soll ihnen die Möglichkeit eingeräumt werden, künftig zwischen drei unterschiedlichen Varianten zu wählen. Die Agrarministerkonferenz (AMK) bekräftigte am Freitag der Vorwoche in Würzburg ihre Auffassung, dass damit die unterschiedlichen Ausgangslagen in den Ländern zielgenau und verursachergerecht adressiert und wirksam die Ziele der EU-Nitratrichtlinie erreicht werden könnten. Der Bund wird aufgefordert, die notwendigen Gespräche mit den Verfassungsressorts, dem Bundesumweltministerium und der EU-Kommission zu führen, das Konzept der Regionalisierung final mit den Ländern sowie der Brüsseler Administration abzustimmen „und spätestens im Jahr 2027 die rechtlichen Regelungen für die Umsetzung in der landwirtschaftlichen Praxis und im Verwaltungsvollzug zu schaffen“.

Die bayerische Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber sprach von einem wichtigen weiteren Schritt in der Düngepolitik, nachdem die AMK bei ihrer Frühjahrskonferenz in Bad Reichenhall eine Regionalisierung ins Spiel gebracht habe. Damit gehe Bundeslandwirtschaftsminister Alois Rainer gestärkt in die nun anstehenden Verhandlungen. Die CSU-Politikerin betonte, dass mit dem neuen Ansatz ein Düngerecht

ohne Rote Gebiete möglich werde.

Kaniber bezog sich damit auf das bayerische Modell, das auf Rote Gebiete verzichtet und stattdessen eine gesamtbetriebliche Obergrenze für Stickstoff und Phosphor vorsieht. Demgegenüber hält die von Baden-Württemberg vorgelegte Variante an der Ausweisung von Roten Gebieten fest, will den Betrieben aber weitgehende Möglichkeiten zur Befreiung von Auflagen einräumen. Ohne Rote Gebiete kommt wiederum die vom Bundeslandwirtschaftsministerium vorgelegte dritte Variante aus. Dafür sollen allerdings flächendeckend wirksame Düngevorgaben gelten. Den drei Varianten liegt ein Eckpunktepapier zugrunde, auf das sich Bund und Länder verständigt hatten.

Bundeslandwirtschaftsminister Rainer wertete den Beschluss als starkes Signal und Rückenwind für sein weiteres Vorgehen. Rainer zeigte sich nach dem Treffen mit den Länderministern überzeugt, dass mit diesem Ansatz die Zusagen gegenüber der EU-Kommission eingehalten, der Gewässerschutz gewährleistet sowie ein einfacheres und verursachergerechtes Düngerecht möglich würden. Der Minister kündigte an, mit Verbänden, dem Bundesumweltministerium sowie der Brüsseler Administration das Gespräch zu suchen. Mit der Neuregelung müsse man im nächsten Jahr „zu Potte kommen“, um sie 2028 in Kraft zu setzen.

AgE